

Rolle im Bund und Erfolg im Land – eine parteienbezogene Analyse der Landtagswahlen von 1949 bis 2010

Christopher Baethge

An den Wahlen zu den Landesparlamenten beteiligen sich immer weniger Bürger, das Interesse der Wahlforscher an Landtagswahlen aber scheint zugenommen zu haben. Dieses Interesse umfasst die Frage nach ihrer Beeinflussung durch die Bundespolitik. Beschreibungen von Landtagswahlen als „Testwahl“ oder „Protestwahl“ signalisieren, dass in der Öffentlichkeit die Vorstellung eines solchen Zusammenhangs fest verankert ist. Ausgehend von einer Studie *Rainer Dinkels*¹ in den 1970er Jahren hat sich aber gerade in letzter Zeit auch in der Wissenschaft die Bedeutung bundespolitischer Konstellationen für die Ergebnisse von Wahlen in den Ländern empirisch bestätigt.

So ermittelten *Frank Decker* und *Julia von Blumenthal*² einen „starken Einfluss“ der Bundespolitik mit Stimmenverlusten der Regierungsparteien und Gewinnen der Opposition zwischen 1970 und 2001 – eine Dynamik, die sie nach der Wiedervereinigung noch verstärkt fanden. Bezogen auf die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen in den Ländern dokumentierte auch *Wolfgang Hartenstein*³ einen „Oppositionseffekt“, der zu Gewinnen der großen Oppositionspartei und Verlusten der Regierungskoalition führt. Es ist allerdings fraglich, ob Veränderungen gegenüber Bundestagswahlen für die Bewertung von Wahlen auf Landesebene angemessen sind, selbst wenn man so das Wählerpotenzial einer Partei in einem Bundesland besser einschätzen kann: Landeswahlen unterscheiden sich in wesentlichen Voraussetzungen von nationalen Urnengängen, etwa in der Wahlbeteiligung oder in ihrem trotz bundespolitischer Einflüsse unbestreitbaren regionalen Bezug.⁴ Diese methodische Einschränkung gilt auch für die Untersuchungen *Rainer Dinkels*, *Simone Burkharth*⁵ sowie *Daniel Houghs* und *Charlie Jefferys*⁶, die sich ebenfalls auf die Bundestagswahlergebnisse in den Ländern beziehen.

Es kann dennoch keinen Zweifel am Stellenwert des bundespolitischen Status einer Partei für ihre landespolitischen Aussichten geben, wie auch *Kerstin Völkel*⁷ in ihrer Monogra-

- 1 Vgl. *Rainer Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: PVS, 18. Jg. (1977), H. 2/3, S. 348 – 359.
- 2 Vgl. *Frank Decker* / *Julia von Blumenthal*, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 – 165.
- 3 Vgl. *Wolfgang Hartenstein*, Wahlen in Bund und Ländern: Gleichschritt oder Gegenläufigkeit?, in: *ders.*, Den Wählern auf der Spur, St. Ingbert 2002, S. 19 – 53.
- 4 Vgl. die methodische Kritik an der Bezugnahme auf Bundestagswahlergebnisse in den Ländern durch *Kai-Uwe Schnapp*, Landtagswahlen und Bundespolitik: immer noch eine offene Frage? Neue Antworten im Ländervergleich auf Aggregatdatenbasis, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 463 – 480.
- 5 Vgl. *Simone Burkharth*, Parteipolitikverflechtung – Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002, in: PVS, 46. Jg. (2005), H. 1, S. 14 – 38.
- 6 Vgl. *Daniel Hough* / *Charlie Jefferys*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94.
- 7 Vgl. *Kerstin Völkel*, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006, Baden-Baden 2009.

phie auf der Basis einer gründlichen Literaturübersicht zusammenfasst. Unabhängig von der nicht beendeten Suche nach den Gründen⁸ bestehen auch auf der deskriptiven Ebene noch Desiderate: Nach wie vor ist das quantitative Ausmaß des Zusammenhanges von Rolle im Bund und Abschneiden bei Landtagswahlen nicht klar – zumal auf der Basis tatsächlicher Wahlergebnisse und unter Einbeziehung des Landesstatus der Parteien. Hinzu kommt, dass bisher nicht untersucht wurde, ob die Assoziation von Bundespolitik und Wahlergebnissen in den Ländern für alle Parteien gleichermaßen gilt. Nicht zuletzt fehlt eine umfassende Analyse der machtpolitischen Konsequenzen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Bedeutung von Landtagswahlen soll hier beleuchtet werden, wie nationale Funktion und regionaler Erfolg auf der Ebene der einzelnen Parteien zusammenhängen. Im Mittelpunkt steht dabei, ob sich der vermutete Zusammenhang auch für die machtpolitischen Konsequenzen der Landtagswahlen zeigen lässt.

1. Methode

Bei dieser Studie handelt sich um eine retrospektive Analyse von Ereignisdaten. Die Grundlage bilden die Ergebnisse aller Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 2010 (bis einschließlich Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010). Die Auswertung der Daten erfolgt für die gegenwärtig im Bundestag vertretenen Parteien gesondert. Dabei werden CDU und CSU zusammengefasst. Die in der Anfangszeit der Bundesrepublik noch bestehende DVP wird der FDP subsumiert, genauso wie die Grün-Alternativen Listen und das Bündnis 90 den Grünen sowie die PDS und die WASG der Partei Die Linke.⁹

Mit zwei Ansätzen wird ermittelt, welche Bedeutung die bundespolitische Rolle einer Partei für ihre Ergebnisse bei Landtagswahlen hat: (1) die machtpolitischen Konsequenzen, also den Gewinn oder Verlust von Regierungsverantwortung im Bundesland; (2) Häufigkeit und Höhe von Stimmengewinnen oder -verlusten bei Landtagswahlen. Diese Ansätze münden in folgende Fragen:

- 8 Es werden eine Vielzahl von Erklärungen diskutiert, die teilweise Ergebnisse der politologischen Forschung zu den amerikanischen Midterm-Wahlen sind (Wahlzyklus-Theorien politischer Mehrebenensysteme), aber auch sozialen und ökonomischen Analysen entstammen. So untersuchen etwa *Simone Burkhart* (Parteipolitikverflechtung – Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002, in: PVS, 46. Jg. (2005), H. 1, S. 14 – 38) sowie *Brian J. Gaimes* und *Christophe Crombez* (Another Look at Connections Across German Elections, in: Journal of Theoretical Politics, 16. Jg. (2004), H. 3, S. 289 – 319) die Rolle wirtschaftlicher Faktoren. Als Referenzwerk für den Stand der Diskussion – aber auch als Beispiel einer sozialpsychologisch grundierten Untersuchung – sei erneut auf die Arbeit von *Kerstin Völkl* verwiesen. Heft 3/2007 der ZParl ist ausschließlich dem vorliegenden Thema gewidmet und eine Fundgrube für Interessierte. Eine instruktive Zusammenfassung des Heftes liefern *Oscar W. Gabriel* / *Everhard Holtmann*, Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 445 – 462.
- 9 Nicht berücksichtigt wurden Parteien in der Anfangsphase des Saarlandes vor der „kleinen Wiedervereinigung“: Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes (SPS), die Christliche Volkspartei des Saarlandes (CVS) und die Demokratische Partei Saar (DPS).

(1) Besteht ein Zusammenhang zwischen der bundespolitischen Rolle einer Partei und ihrem durch Landtagswahlen herbeigeführten Machtgewinn oder -verlust?

(2) Besteht ein Zusammenhang zwischen der bundespolitischen Rolle einer Partei und ihrem Stimmengewinn oder -verlust bei Landtagswahlen? Diese Frage soll qualitativ (Dichotomisierung in Gewinne oder Verluste) und quantitativ (Höhe der Gewinne/Verluste) untersucht werden.

Um einen Machtgewinn/-verlust oder einen Stimmengewinn/-verlust zu bestimmen, diente für jede Wahl die vorhergehende Landtagswahl als Vergleich. Daher wurden die ersten Landtagswahlen in einem Bundesland nur als Ausgangswert einbezogen. Alle Berechnungen beziehen sich sowohl auf den gesamten Beobachtungszeitraum (1949 bis 2010) als auch separat auf die Periode nach der Wiedervereinigung (1990 bis 2010). Bei den Auswertungen zur Höhe der Zugewinne beziehungsweise Einbußen wurden Mittelwerte über alle Bundesländer gebildet. Diese sind nicht gewichtet für die Einwohnerzahl der Länder, weil die Bezugsgröße die Gruppe der Landtagswahlen ist und nicht die Wahlbevölkerung.

Im Rahmen einer multivariaten linearen Regression (mit Stimmenveränderung gegenüber der letzten Landtagswahl als abhängiger Variable) wurden als konfundierende Variablen berücksichtigt: der Status der Parteien im Bund und in den Ländern, die geographische Struktur der Bundesländer (Stadtstaat oder Flächenstaat) sowie der Zeitabstand einer Landtagswahl zur letzten Bundestagswahl.¹⁰

Die p-Werte haben deskriptiven Charakter und sind nicht als Signifikanztests im klassischen Sinne zu verstehen. Es wurde nicht für multiples Testen korrigiert, weil die Studie explorativen und nicht konfirmatorischen Charakter hat. Der Großteil der Analysen erfolgte mit SPSS (Version 18.0).

2. Die Rolle einer Partei im Bund und Regierungswechsel in den Ländern

Für die Untersuchung der politischen Konsequenzen im Anschluss an die Landtagswahlen wurden bei der CDU/CSU und der SPD der Gewinn und der Verlust des Ministerpräsidenten- beziehungsweise Bürgermeisteramtes herangezogen. Bei den beiden kleineren Parteien galten der Einstieg in eine Landeskoalition und deren Verlassen als Machtgewinn beziehungsweise -verlust. Dabei wurden nur die ersten nach der Wahl vereidigten Kabinette berücksichtigt, um den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wahlergebnis zu wahren. Spätere Regierungswechsel in derselben Wahlperiode haben zwar auch das Wahlergebnis zur Voraussetzung, sind aber nicht auf Wählerstimmen im engeren Sinne zurückzuführen. Ein Beispiel für einen solchen Regierungswechsel ist das Verlassen der Großen Koalition durch die SPD in Berlin 2001 im Rahmen der Geschehnisse bei der Berliner Landesbank.

¹⁰ Wahlergebnisse, Zusammensetzungen der Regierungen und die zeitlichen Angaben zu Wahlen oder Amtszeiten wurden den Internet-Seiten der Statistischen Landesämter oder Landesregierungen beziehungsweise den Einträgen zu den Bundesländern in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia entnommen.

2.1. Gesamter Zeitraum

Die Chance, bei Landtagswahlen Macht hinzuzugewinnen, war für alle Parteien größer, wenn sie aus der Oppositionsrolle im Bundestag antraten, als wenn sie Regierungsverantwortung im Bund trugen. Für den gesamten Beobachtungszeitraum ist dieser Effekt besonders auffällig bei den Parteien des linken Spektrums: Seit 1949 hat die SPD nie durch Wahlen die Position eines Ministerpräsidenten erobert, wenn sie in Bonn oder Berlin Regierungsverantwortung trug. Es ist ihr im unmittelbaren Anschluss an Landtagswahlen insgesamt ohnehin nur dreizehnmal geglückt, und in jedem dieser Fälle befand sie sich im Bundestag in der Opposition. Auch die Grünen haben während ihrer Regierungszeit in keiner der 26 Landtagswahlen den Einstieg in eine Landesregierung geschafft, während ihnen das als Oppositionspartei bei 73 Wahlen ein Dutzend Mal gelungen ist.

Umgekehrt hat die CDU/CSU als Bundesregierungspartei in sechs Fällen einen Wechsel im Ministerpräsidentenamt im unmittelbaren Anschluss an Landtagswahlen herbeiführen können. Auch ihr ist dies allerdings häufiger gelungen, wenn sie aus der Bundesopposition

<i>Tabelle 1: Regierungswechsel bei Landtagswahlen und Rolle der CDU/CSU im Bund</i>				
CDU/CSU im Bund	Gewinn Ministerpräsident	Keine Änderung Ministerpräsident	Verlust Ministerpräsident	Summe
1949 bis 2010				
Regierung	6	102	12	120
Opposition	8	56	0	64
	14	158	12	184
1990 bis 2010				
Regierung	1	40	5	46
Opposition	7	19	0	26
	8	59	5	72
Anmerkung: 1949 bis 2010: $\chi^2 = 9,52$; $p = 0,0086$; df: 2; Effektstärke: 0,228. 1990 bis 2010: $\chi^2 = 12,37$; $p = 0,0021$; df: 2; Effektstärke: 0,4145.				
Quelle: Eigene Darstellung.				

<i>Tabelle 2: Regierungswechsel bei Landtagswahlen und Rolle der SPD im Bund</i>				
SPD im Bund	Gewinn Ministerpräsident	Keine Änderung Ministerpräsident	Verlust Ministerpräsident	Summe
1949 bis 2010				
Regierung	0	76	8	84
Opposition	13	81	6	100
	13	157	14	184
1990 bis 2010				
Regierung	0	35	7	42
Opposition	5	24	1	30
	5	59	8	72
Anmerkung: 1949 bis 2010: $\chi^2 = 12,15$; $p = 0,0023$; df: 2; Effektstärke: 0,257. 1990 bis 2010: $\chi^2 = 9,82$; $p = 0,0074$; df: 2; Effektstärke: 0,369.				
Quelle: Eigene Darstellung.				

Tabelle 3: Regierungswechsel bei Landtagswahlen und Rolle der FDP im Bund

FDP im Bund	Einstieg in Landesregierung	Keine Änderung	Ausstieg aus Landesregierung	Summe
1949 bis 2010				
Regierung	18	83	24	125
Opposition	12	40	7	59
	30	123	31	184
1990 bis 2010				
Regierung	2	20	8	30
Opposition	10	28	4	42
	12	48	12	72
Anmerkung: 1949 bis 2010: $\chi^2 = 2,16$; $p = 0,340$; df: 2. 1990 bis 2010: $\chi^2 = 6,17$; $p = 0,0457$; df: 2; Effektstärke: 0,2927.				
Quelle: Eigene Darstellung.				

Tabelle 4: Regierungswechsel bei Landtagswahlen und Rolle der Grünen im Bund

Grüne im Bund	Einstieg in Landesregierung	Keine Änderung	Ausstieg aus Landesregierung	Summe
1949 bis 2010				
Regierung	0	22	4	26
Opposition	12	55	6	73
	12	77	10	99
1990 bis 2010				
Regierung	0	22	4	26
Opposition	10	31	5	46
	10	53	9	72
Anmerkung: 1949 bis 2010: Exakter Test nach Fisher: $p = 0,0386$. 1990 bis 2010: $\chi^2 = 6,59$; $p = 0,0371$; df: 2; Effektstärke: 0,3025.				
Quelle: Eigene Darstellung.				

heraus antrat, nämlich achtmal. In Bezug auf einen Machtverlust scheint die Oppositionsrolle als Schutz für die CDU/CSU zu wirken, denn in dieser Situation verlor sie kein einziges Mal einen Regierungschef durch Landtagswahlen. Bei den Freien Demokraten ist das Verhältnis umgekehrt: Sie konnten in 18 Fällen neu in eine Landesregierung eintreten, wenn sie aus der Regierungsverantwortung heraus an Landtagswahlen teilnahmen, aber nur zwölfmal als Oppositionspartei auf Bundesebene.

Um diese absoluten Zahlen bewerten zu können, muss man für jede Partei zwei Voraussetzungen berücksichtigen: (1) die Zahl der Landtagswahlen, zu der sie als Bestandteil der Bundesregierung oder der Bundesopposition antrat. Die CDU etwa befand sich bei 120 der hier für sie berücksichtigten 184 Landtagswahlen auf nationaler Ebene in der Regierungsverantwortung. Für die Sozialdemokraten traf dies jedoch nur auf 84 von 184 Urnengängen zu. (2) die Zahl der Landtagswahlen, zu der sie aus der Opposition auf Landesebene antrat, sie also Macht gewinnen (und nicht nur verteidigen) konnte. Dies war beispielsweise für die FDP 116-mal der Fall und für die Grünen 86-mal.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Häufigkeiten von bundes- und landespolitischer Rolle ergibt sich die Wahrscheinlichkeit, mit der eine Partei bei Landtagswahlen Macht hinzugewinnen kann. So zeigt sich, dass dies selbst für die FDP wahrscheinlicher war, wenn sie sich im Bundestag in der Opposition befand (30,8 Prozent Machtgewinne), als aus der Regierungsfunktion heraus (23,4 Prozent). Seit 1949 ist bei ihr der Befund dennoch weniger ausgeprägt als bei den anderen Parteien. Die CDU/CSU hatte bei rund einem Viertel aller Wahlen Erfolg, wenn sie im Bund und im Land nicht die Regierung stellte, konnte aber als Partei der Bundesregierung noch nach immerhin 13,3 Prozent der Wahlen, zu denen sie als Landtagsopposition angetreten war, den Regierungschef stellen. Sozialdemokraten und Grünen gelang dies nie, während sie als Oppositionsparteien in etwa jeder fünften Wahl erfolgreich waren, soweit sie auch auf Landesebene die Opposition bildeten.

2.2. Seit 1990

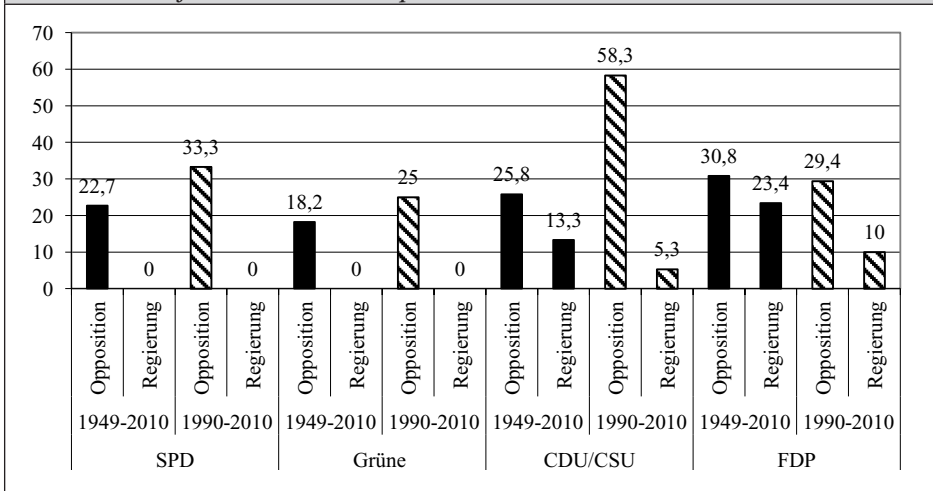
Noch akzentuierter ist der Zusammenhang, wenn man nur die Periode nach der Wiedervereinigung betrachtet: In dieser Zeit vermochte es auch die CDU nur einmal, aus der Regierungsverantwortung heraus einen Regierungschef in einem Bundesland zu stellen, in dem sie sich vor der Landtagswahl in der Opposition befand.¹¹ Allerdings war sie in der umgekehrten Konstellation erheblich erfolgreicher als zuvor: Sie stellte den Landesregierungschef nach annähernd 60 Prozent der Wahlen. Auch bei der FDP entwickelten sich nach 1990 die Wahrscheinlichkeiten, in einem Bundesland Macht zu gewinnen, abhängig von ihrer Rolle im Bund weiter auseinander: Als Mitglied einer Bundesregierung schaffte sie es nur noch zweimal, in eine Koalition auf Landesebene einzusteigen, also bei zehn Prozent der Wahlen, zu denen sie als Landesopposition angetreten war. SPD und Grüne konnten als Bundesopposition nach der Wiedervereinigung wie die anderen Parteien relativ häufiger die Macht in einem Bundesland erringen als in der Zeit, in der sie Regierungsverantwortung trugen (siehe Abbildung 1).¹²

3. Die Rolle einer Partei im Bund und Gewinne oder Verluste bei Landtagswahlen

In Abgrenzung zur Analyse der Regierungswechsel erfolgt die Untersuchung der Gewinne oder Verluste von Stimmenanteilen bei Landtagswahlen. Hier geht es nur darum, ob eine Partei Prozentanteile einbüßte oder gewann, unabhängig von den Folgen für die Regierungsbildung. Betrachtet man die Landtagswahlen seit 1949 aus dieser formalen Perspektive, lässt sich für alle Parteien außer für die FDP ein statistischer Zusammenhang mit der

- 11 Berliner Abgeordnetenhauswahl am 2. Dezember 1990. Diese Wahl fand Eingang in die Auswertung, weil es sich bei Berlin nicht um eines der neuen Bundesländer handelte, deren erste Wahlen – genauso wie die ersten Wahlen in den alten Bundesländern – nicht berücksichtigt wurden.
- 12 Für die Analyse nominaler Daten werden der Chi-Quadrat-Test oder der Exakte Test nach Fisher herangezogen. Effektstärken sind als Cramers V angegeben. Soweit ausgewiesen, beziehen sich die Teststärken auf eine mittlere Effektstärke, entsprechend einem Wert von 0,3. Alle Berechnungen von Teststärken erfolgten mit GPower3.

Abbildung 1: Wahrscheinlichkeit, als Landesopposition durch eine Landtagswahl einen Regierungswechsel herbeizuführen, abhängig von Regierungs- oder Oppositionsrolle auf Bundesebene zum Zeitpunkt der Wahl (x-Achse)



Lesehilfe: Die SPD trat von 1949 bis 2010 bei 78 Landtagswahlen als Landesopposition an. Bei 44 dieser Wahlen befand sie sich in der Bundesopposition. Hierbei errang sie in zehn Fällen (22,7 Prozent) das Ministerpräsidentenamt. Bei 34 Landtagswahlen hatte sie im Land die Oppositionsrolle inne, befand sich jedoch im Bund in der Regierung. In dieser Konstellation konnte sie nie durch eine Landtagswahl die Position des Regierungschefs in einem Bundesland besetzen (0 Prozent). 1990 bis 2010 gewann sie als Landesoppositionspartei in vier von zwölf Landtagswahlen (33,3 Prozent), bei denen sie aus der Bonner beziehungsweise Berliner Opposition heraus angetreten war, so dass sie den Ministerpräsidenten stellen konnte. Demgegenüber hatte sie als Bundesregierungspartei in keiner der 17 Wahlen Erfolg (0 Prozent), in die sie als Landesopposition gegangen war. Bei den kleinen Parteien galt der Einstieg in eine Landeskoalition als Machtwechsel.

Anmerkung: SPD: 1949 bis 2010: 10/44 vs. 0/34 ($p = 0,0039$), 1990 bis 2010: 4/12 vs. 0/17 ($p = 0,0208$); Grüne: 1949 bis 2010: 12/66 vs. 0/20 ($p = 0,0604$), 1990 bis 2010: 10/40 vs. 0/20 ($p = 0,022$); CDU/CSU: 1949 bis 2010: 8/31 vs. 6/45 ($p = 0,2303$), 1990 bis 2010: 7/12 vs. 1/19 ($p = 0,0020$), FDP: 1949 bis 2010: 12/39 vs. 18/77 ($p = 0,5011$), 1990 bis 2010: 10/34 vs. 2/20 ($p = 0,1741$).

P-Werte nach Fishers exaktem Test. Bei der SPD hätte die Berücksichtigung dreier Wahlen, durch die sie als zuvor kleiner Regierungspartner den Landesregierungschef stellen konnte, zu einer Akzentuierung des Befundes geführt, denn sie befand sich im Bund jeweils in der Opposition.

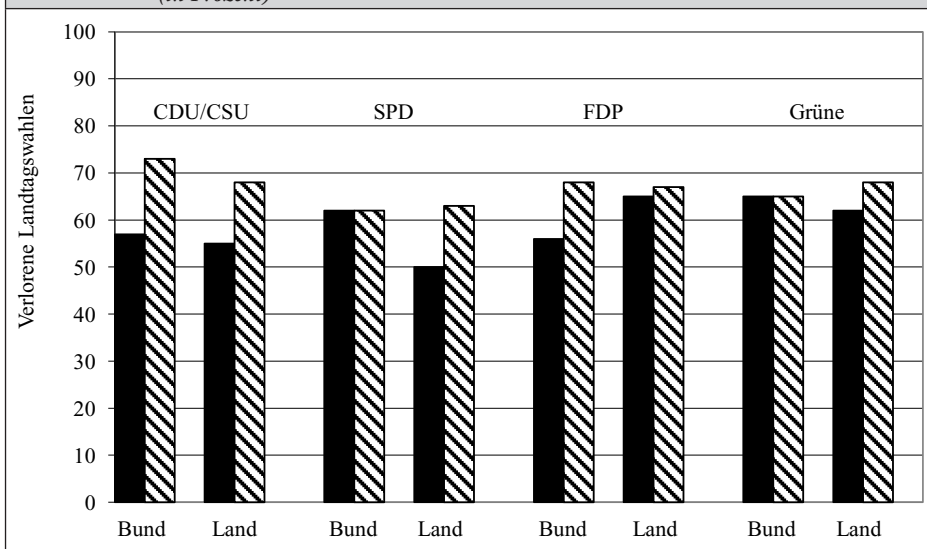
Quelle: Eigene Berechnung.

Rolle im Bund zeigen, wobei der Effekt moderat ist. Zunächst wird in einem dichotomisierten Ansatz für jede Partei bestimmt, in wie vielen Wahlen sie gewonnen oder verloren hat, danach wird das Ausmaß der prozentualen Veränderungen präsentiert.

3.1. Gesamter Zeitraum

Die Erfolgchancen für eine Partei sind größer, wenn sie aus der Bundesopposition heraus antritt, als wenn sie regiert. Dieser Effekt ist für SPD und Grüne stärker als für die CDU/CSU. So verloren die Sozialdemokraten bei 62 Prozent und die Grünen bei 65 Prozent der

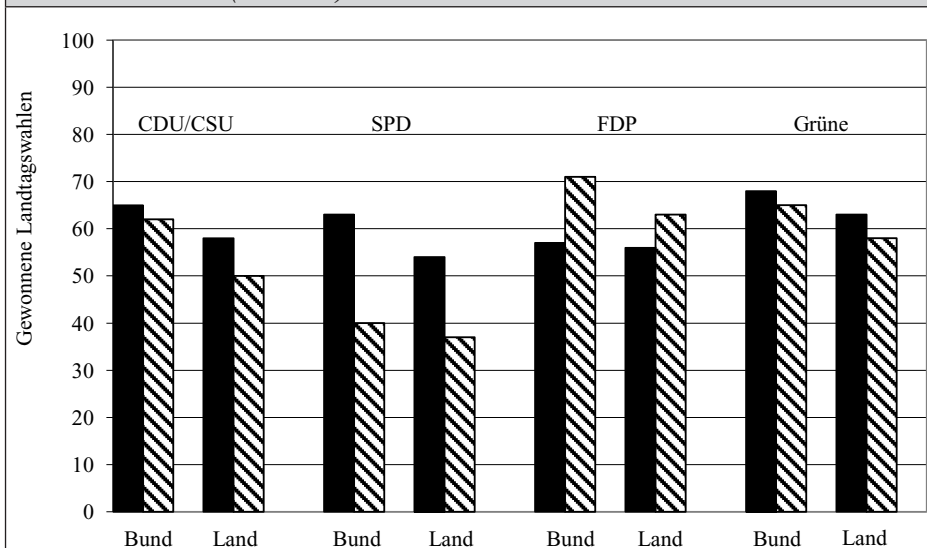
Abbildung 2: Parteien in der Regierung im Bund oder im Land und verlorene Landtagswahlen (in Prozent)



Anmerkung: Gefüllte Balken = gesamter Zeitraum (1949 bis 2010), gestrichelte Balken = nach Wiedervereinigung (1990 bis 2010).

Quelle: Eigene Berechnung.

Abbildung 3: Parteien in der Opposition im Bund oder im Land und gewonnene Landtagswahlen (in Prozent)



Anmerkung: Gefüllte Balken = gesamter Zeitraum (1949 bis 2010), gestrichelte Balken = nach Wiedervereinigung (1990 bis 2010).

Quelle: Eigene Berechnung.

Landtagswahlen Stimmenanteile, wenn sie im Bund regierten, während der Wert für die Union in dieser Konstellation bei 57 und für die FDP bei 56 Prozent liegt (siehe Abbildung 2). Umgekehrt gewann die SPD in 63 Prozent der Landtagswahlen Stimmenanteile, wenn sie in der Bundespolitik die Oppositionsrolle einnahm. Für die Grünen liegt dieser Anteil sogar bei 68, für die CDU bei 65 und für die FDP bei 57 Prozent (siehe Abbildung 3).

3.2. Seit 1990

Das Bild akzentuiert sich bei ausschließlicher Betrachtung der Wahlen nach 1990. Wie schon für die anderen Parteien über den gesamten Beobachtungszeitraum, findet sich nun auch für die FDP eine Assoziation: Sie verlor aus der Bundesregierungsverantwortung heraus bei 68 Prozent der Landtagswahlen Stimmenanteile. Im selben Zeitraum hat die CDU sogar in 73 Prozent der Wahlen in den Ländern anteilig Stimmen abgegeben, wenn sie an der Bundesregierung beteiligt war. Bei den Sozialdemokraten entspricht das Abschneiden bei Landtagswahlen aus Regierungsverantwortung im Bund heraus nach der Wiedervereinigung dem vor 1990: Sie verloren in 62 Prozent der Fälle.

Bei der umgekehrten Situation jedoch – dem Antreten bei Wahlen in den Bundesländern als bundespolitische Opposition – zeigt sich für die SPD nach dem 3. Oktober 1990 kein mehrheitlicher Erfolg mehr in den Ländern, im Gegenteil: Sie erlitt in 18 von 30 Landtagswahlen (60 Prozent) Stimmenverluste. Die CDU/CSU hat dagegen nach der Wende in 62 Prozent der Landtagswahlen Prozentanteile hinzugewonnen, wenn sie als Bonner oder Berliner Oppositionspartei antrat. Ebenso bestätigt sich der Zusammenhang für die Grünen, die als Bundesopposition in den Ländern bei 30 der 46 Wahlen mehr Stimmen erzielten (65 Prozent). Für die FDP liegt der Wert sogar bei 71 Prozent (30 von 42 Landtagswahlen).

Tabelle 5: Stimmengewinne und -verluste (prozentualer Stimmenanteil) bei Landtagswahlen und Rolle der CDU/CSU im Bund

		Stimmen gewonnen	Stimmen verloren	Summe
seit 1949				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	50	67	117
	Opposition	41	22	63
		91	89	180
seit 1990				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	12	33	45
	Opposition	16	10	26
		28	43	71
Anmerkung: Seit 1949: $\chi^2 = 8,18$; df: 1; $p = 0,0042$; Effektstärke: 0,21. Seit 1990: $\chi^2 = 8,39$; df: 1; $p = 0,0038$; Effektstärke: 0,34.				
Quelle: Eigene Darstellung.				

Tabelle 6: Stimmengewinne und -verluste (prozentualer Stimmenanteil) bei Landtagswahlen und Rolle der SPD im Bund

		Stimmen gewonnen	Stimmen verloren	Summe
seit 1949				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	32	52	84
	Opposition	63	37	100
		95	89	184
seit 1990				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	16	26	42
	Opposition	12	18	30
		28	44	72
Anmerkung: Seit 1949: $\chi^2 = 11,34$; df: 1; $p = 0,0008$; Effektstärke: 0,25. Seit 1990: $\chi^2 = 0,027$; df: 1; $p = 0,870$; Teststärke: 72 Prozent. Quelle: Eigene Darstellung.				

Tabelle 7: Stimmengewinne und -verluste (prozentualer Stimmenanteil) bei Landtagswahlen und Rolle der FDP im Bund

		Stimmen gewonnen	Stimmen verloren	Summe
seit 1949				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	53	67	120
	Opposition	33	25	58
		86	92	178
seit 1990				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	9	19	28
	Opposition	30	12	42
		39	31	70
Anmerkung: Seit 1949: $\chi^2 = 2,54$; df: 1; $p = 0,11$; Teststärke: 98 Prozent. Seit 1990: $\chi^2 = 10,51$; df: 1; $p = 0,001$; Effektstärke: 0,387. Quelle: Eigene Darstellung.				

Tabelle 8: Stimmengewinne und -verluste (prozentualer Stimmenanteil) bei Landtagswahlen und Rolle der Grünen im Bund

		Stimmen gewonnen	Stimmen verloren	Summe
seit 1949				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	9	17	26
	Opposition	50	23	73
		59	40	99
seit 1990				
Status auf Bundesebene vor Landtagswahl	Regierung	9	17	26
	Opposition	30	16	46
		39	33	72
Anmerkung: Seit 1949: $\chi^2 = 9,138$; df: 1; $p = 0,0025$, Effektstärke: 0,30. Seit 1990: $\chi^2 = 6,266$; df: 1; $p = 0,012$, Effektstärke: 0,295. Quelle: Eigene Darstellung.				

4. Die Rolle einer Partei im Land und Gewinne oder Verluste bei Landtagswahlen

Untersucht man mit diesem Ansatz den Zusammenhang von Landesstatus und Resultaten bei Landtagswahlen, erhält man einen abgeschwächten Befund, zumindest für die Opposition: Während CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne als Oppositionsparteien im Bundestag bei Landtagswahlen im gewichteten Durchschnitt in 63,5 Prozent der Wahlen ihren Stimmenanteil steigern konnten (nach 1990: 61 Prozent), betrug dieser Anteil für die im Land oppositionellen Parteien 58,3 Prozent (nach 1990: 55 Prozent). Für den Regierungsstatus ähneln sich demgegenüber die Ergebnisse: Mitglieder der Bundesregierung verloren seit 1949 durchschnittlich in 58,5 Prozent der Landtagswahlen Stimmen (nach 1990: 67,3 Prozent); die Parteien der Landesregierungen erlitten ähnliche Stimmenverluste: 55,7 Prozent (nach 1990: 65,8 Prozent). Für den Landesregierungsstatus einer Partei scheint sich das Wählerverhalten dem Verhalten für den Bundesregierungsstatus anzugleichen.¹³ Statistisch lässt sich jedoch weder im gesamten Beobachtungszeitraum noch seit 1990 ein Zusammenhang von Regierungsstatus im Land und Wahlergebnis wahrscheinlich machen (Teststärken zwischen 71 und 98 Prozent). Lediglich für die FDP kann ein solcher Zusammenhang auch für die Landesebene und unabhängig vom Beobachtungszeitraum nachgewiesen werden (zum Beispiel für die Periode nach 1990: $p = 0,0265$; Effektstärke = 0,27).

Korreliert man den Status der Parteien im Bund mit den Gewinnen und Verlusten bei Landtagswahlen, erhält man für die Zeit nach der Wende einen niedrigen Korrelationskoeffizienten r von 0,332 für alle Parteien ($p < 0,0001$; $N = 319$, Varianzaufklärung: elf Prozent), der für den gesamten Zeitraum seit 1949 noch etwas kleiner ist. Bei der analogen Korrelation von Landesstatus und Abschneiden bei der Landtagswahl ergeben sich marginal niedrigere Werte (Pearsons $r = 0,319$, $p < 0,0001$; $N = 319$).

Die Tabellen 5 bis 8 fassen die Daten für die einzelnen Parteien in Bezug auf ihre Rolle im Bund zusammen. Die Abbildungen 2 und 3 veranschaulichen die Befunde unter Einbeziehung der Ergebnisse für den Bundes- und den Landesstatus.

5. Die Rolle einer Partei im Bund und die Höhe ihrer Gewinne und Verluste bei Landtagswahlen

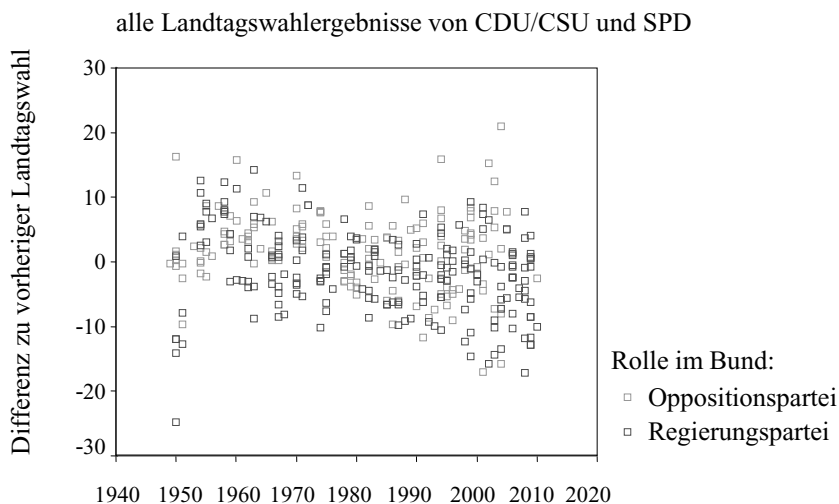
Bei diesem Ansatz fallen die enormen Streuungen der Mittelwerte von Gewinnen und Verlusten der einzelnen Parteien auf. Die Standardabweichungen betragen das 1.6- bis achtfache des arithmetischen Mittels (siehe Tabelle 9). Abbildung 4 zeigt die Varianz der Ergebnisse am Beispiel von CDU/CSU und SPD.

Gesamter Zeitraum

Nominell ist der Effekt für die SPD am stärksten – zumindest, wenn sie die Bundesregierung stellt. In diesem Fall hat sie durchschnittlich mehr als zwei Prozent an Stimmen pro Landtagswahl verloren, während die Unionsparteien in der gleichen Konstellation einein-

¹³ Bundesstatus und Landesstatus (jeweils Regierung oder Opposition) sind schwach assoziiert: Für den Zeitraum von 1949 bis 2010 liegt die Spearman-Korrelation für alle Parteien bei 0,165. Nach der Wende akzentuiert sich dieser Zusammenhang zwar auch, erreicht aber nicht mehr als den Wert von 0,210 (p jeweils $\leq 0,0001$; $N = 740$ beziehungsweise 354).

Abbildung 4: Änderung gegenüber letzter Landtagswahl (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung.

halb Prozent einbüßten. Auch die kleineren Parteien verloren, wenn sie aus der Regierungsverantwortung im Bund antraten, die FDP etwa ein halbes und die Grünen rund ein Drittel Prozent.

Als Bundesopposition gewannen die Sozialdemokraten mit durchschnittlich 1,4 Prozent weniger als die CDU/CSU, die auf über zwei Prozent Zugewinn pro Landtagswahl kam. Die Grünen erhöhten ihren Stimmenanteil bei dieser Ausgangslage nominal mehr als die FDP. Bezieht man die unterschiedliche Ausgangsstärke der Parteien relativierend mit ein, ergibt sich ein besonders starker Anstieg für die FDP, die sich um mehr als 40 Prozent ihres Stimmenanteils bei der vorherigen Wahl verbessern konnte, und für die Grünen (rund 30 Prozent), während CDU/CSU (etwa sieben Prozent) und Sozialdemokraten (fünf Prozent) in einer geringeren Größenordnung hinzugewannen.¹⁴ Dabei sind die starken Streuungen zu beachten und die besonders starken Effekte für die Linke.¹⁵

Seit 1990

Für das vereinigte Deutschland ergibt die Analyse wie im dichotomisierten Ansatz eine Akzentuierung: Die Verluste der Regierungsparteien nehmen zu, sie liegen für die Volksparteien durchschnittlich um drei Prozent und für die FDP bei der Hälfte. Für die Grünen

14 Um die unterschiedliche Größe der Parteien zu berücksichtigen, wurden ihre Gewinne oder Verluste jeweils ins Verhältnis zum Ergebnis bei der vorherigen Landtagswahl gesetzt. So erhielt ein Verlust von einem Prozentpunkt bei einem Ausgangswert von 40 Prozent eine andere Gewichtung als bei einem Ausgangswert von fünf Prozent: 2,5 versus 20 Prozent Anteil an der Stärke bei der letzten Landtagswahl.

15 Vergleiche der Wahlergebnisse erfolgten mittels ANOVA oder t-Test für unabhängige Stichproben. Die Normalverteilung wurde durch Betrachtung der Verteilungskurven und durch den Kolmogorov-Smirnov-Test geprüft. Posthoc-Test: Tukey (HSD).

Tabelle 9: Arithmetisches Mittel der Veränderung des Stimmenanteils (in Prozentpunkten) bei Landtagswahlen und Regierungsstatus im Bund

Regierungspartei im Bund	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	
1949 bis 2010	-1,50 SD: 6,64 N: 118	-2,26 SD: 5,89 N: 84	-0,52 SD: 3,49 N: 123	-0,65 SD: 2,67 N: 26	
1990 bis 2010	-3,35 SD: 5,44 N: 46	-2,95 SD: 6,84 N: 42	-1,31 SD: 2,89 N: 30	-0,65 SD: 2,67 N: 26	
Oppositionspartei im Bund	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
1949 bis 2010	2,19 SD: 6,42 N: 63	1,40 SD: 5,35 N: 100	0,49 SD: 4,06 N: 58	1,18 SD: 2,78 N: 73	2,95 SD: 4,98 N: 33
1990 bis 2010	1,91 SD: 8,73 N: 26	-1,15 SD: 5,97 N: 30	1,82 SD: 3,29 N: 42	1,09 SD: 3,09 N: 46	2,95 SD: 4,98 N: 33

Anmerkung: SD = Standardabweichung, N = Zahl der Landtagswahlen. Die geringfügigen Unterschiede in den Zahlen der ausgewerteten Landtagswahlen für CDU/CSU und FDP zwischen den Tabellen 9 sowie 10 und den Tabellen 1 und 3 entstehen, weil diese Parteien in der Frühphase der Bundesrepublik vereinzelt in gemeinsamen Listen angetreten sind (etwa in Hamburg), so dass ihre Regierungsbeteiligung mithilfe von Kabinettslisten getrennt ausgewiesen werden konnte, aber keine Daten für die getrennte quantitative Auswertung der Wahlergebnisse zur Verfügung standen.
Quelle: Eigene Berechnungen.

fehlt ein Vergleichswert aus der Zeit vor 1990. Unter relativierender Einbeziehung der Ausgangsstärke der Parteien büßen CDU/CSU und SPD etwa sieben Prozent ihres Wähleranteils pro Landtagswahl ein, die Freien Demokraten sogar 17 Prozent. Eine Ausnahme bilden die Grünen mit rund drei Prozent Gewinn. Dieses Ergebnis steht nicht im Widerspruch zum durchschnittlichen Verlust von 0,65 Prozent pro Landtagswahl: Es ist rechnerisch möglich, dass sich absolute und relative Stimmenveränderungen gegenläufig verhalten.

Die Sozialdemokraten konnten selbst aus der Opposition heraus nicht mehr zulegen, sondern verloren im Durchschnitt etwa ein Prozent. Vor 1990 hatten sie in der gleichen Situation noch rund zweieinhalb Prozent pro Landtagswahl gewonnen. Demgegenüber steigerte sich die FDP nach der Wende um fast zwei Prozent, während die Zuwächse für die Unionsparteien mit ebenfalls fast zwei Prozent etwa dem Ausmaß der gesamten Beobachtungsperiode entsprachen. Die Grünen verzeichneten mit circa einem Prozent etwas weniger Gewinne aus der Bundesopposition heraus als vor der Wende. Die stärksten Verbesserungen erzielte die bisher im Bund ausschließlich oppositionelle Partei Die Linke, die pro Wahl rund drei Prozent hinzugewann.

Die Veränderungen der Parteien unter Berücksichtigung ihrer Ausgangsstärke zeigen – von der SPD abgesehen – nach der Wiedervereinigung ein ähnliches Bild wie bei der Analyse des Gesamtzeitraums: Die CDU gewinnt anteilig weniger als die kleinen Parteien, von denen die FDP stärker profitiert als die Grünen. Der Gewinn fällt für die Linke am stärksten aus, die im Durchschnitt mehr als 100 Prozent zulegt. Hier wirkt sich die Neugründung der WASG aus, die zunächst nur marginale Stimmenanteile erzielte.

Tabelle 10: Arithmetischer Durchschnitt der Veränderung des Stimmenanteils in Prozenten (nicht Prozentpunkten) bezogen auf die Größe der Partei und Rolle im Bund

Regierungspartei im Bund	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	
1949 bis 2010 ¹	-1,2 SD: 22,8 N: 118	-4,9 SD: 16,5 N: 84	-1,3 SD: 46,9 N: 121	2,9 SD: 51,1 N: 26	
1990 bis 2010 ²	-7,5 SD: 14,1 N: 46	-7,0 SD: 20,6 N: 42	-17,2 SD: 41,9 N: 28	2,9 SD: 51,1 N: 26	
Oppositionspartei im Bund	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
1949 bis 2010 ³	7,2 SD: 19,6 N: 63	4,8 SD: 16,9 N: 100	42,5 SD: 98,3 N: 58	29,6 SD: 57,7 N: 73	114,6 SD: 287,0 N: 33
1990 bis 2010 ⁴	8,2 SD: 27,5 N: 26	-1,5 SD: 16,5 N: 30	67,1 SD: 104,8 N: 42	23,3 SD: 50,3 N: 46	1,14,6 SD: 287,0 N: 33

¹ ANOVA: $F_{(df; 3, 345)} = 0,651$; $p = 0,583$.

² ANOVA: $F_{(df; 3, 138)} = 1,801$; $p = 0,150$.

Teststärken beider Resultate etwa sechs Prozent für die gemessene Effektstärke.

³ ANOVA: $F_{(df; 4, 322)} = 7,892$; $p < 0,0001$. Posthoc-Test (Tukey HSD): Linke von allen verschieden ($p < 0,001-0,013$).

⁴ ANOVA: $F_{(df; 4, 172)} = 4,030$; $p = 0,004$. Posthoc-Test (Tukey HSD): Linke außer von der FDP von allen verschieden.

Anmerkung: SD = Standardabweichung, N = Zahl der Landtagswahlen. Die Berechnung berücksichtigt die unterschiedliche Ausgangsgröße der Parteien und erlaubt, die Werte zu vergleichen. Die Veränderung des Stimmenanteils bezogen auf die Größe der Partei ist der Quotient aus Veränderung des Stimmenanteils in Prozent und Stimmenanteil bei vorheriger Wahl in Prozent.

Beispiel für die Lesart: Die CDU/CSU hat als Regierungspartei im Bund in der Zeit von 1949 bis 2010 pro Landtagswahl im Durchschnitt 1,2 Prozent ihrer Größe bei der vorherigen Wahl eingebüßt, nach der Wende jedoch 7,5 Prozent.

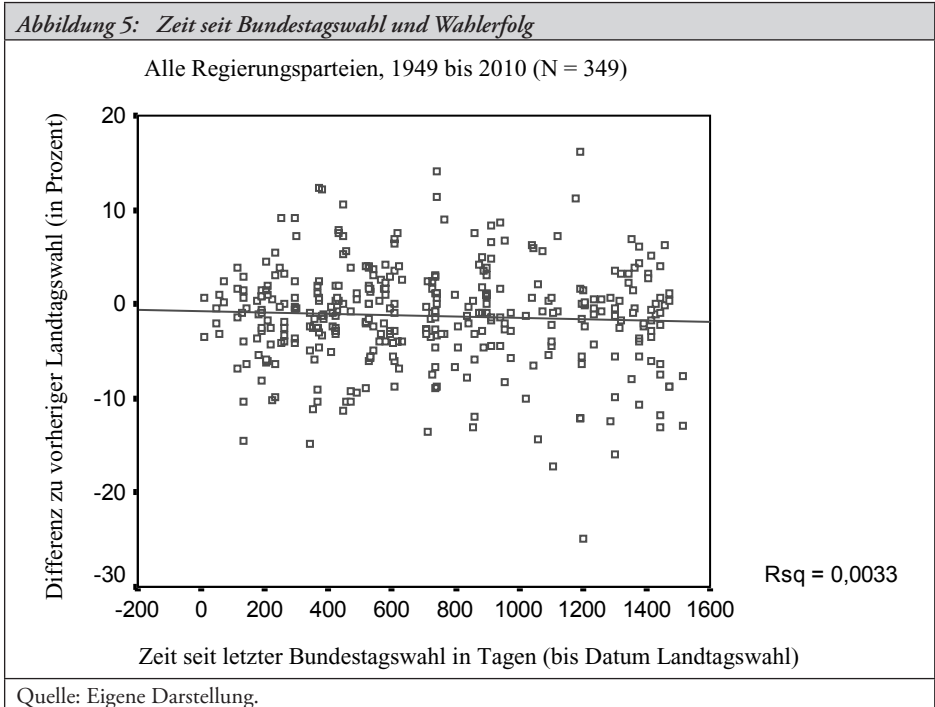
Quelle: Eigene Berechnungen.

5.1. Zeitlicher Abstand zur letzten Bundestagswahl und Erfolg bei den Landtagswahlen

Bezogen auf die Gruppe aller untersuchten Parteien hängt weder für Regierungsteilnehmer noch für Oppositionsparteien im Bund der Gewinn oder der Verlust in Prozentpunkten bei Landtagswahlen mit dem Zeitabstand zur letzten Bundestagswahl zusammen. Dies gilt für den gesamten Beobachtungszeitraum und auch für die Zeit seit der Wiedervereinigung. Das Streudiagramm in Abbildung 5 zeigt das fehlende Muster.¹⁶

Es wurden Pearson-Korrelationen errechnet, um einen linearen Zusammenhang zwischen der Zeit seit der letzten Bundestagswahl und dem Landtagswahlerfolg für die einzelnen Parteien zu ermitteln. Dabei fanden sich schwache Effekte: Für die FDP und für die Grünen ergab sich, dass nur in der Oppositionsrolle ein Zusammenhang besteht. Während die FDP mit zunehmender Zeit mehr gewann ($r = 0,498$; $p = 0,001$), verringerten sich die

¹⁶ Der zeitliche Abstand in Tagen zwischen jeder Landtagswahl und der vorhergehenden Bundestagswahl wurde mithilfe von Excel berechnet.



Gewinne bei den Grünen ($r = -0,364$; $p = 0,013$). Diese Ergebnisse sind in beiden Beobachtungszeiträumen stabil, aber akzentuierter seit der Wiedervereinigung. Die Effekte für die beiden großen Parteien sind noch schwächer, so dass eine Bedeutung der Zeit seit der Bundestagswahl unwahrscheinlich ist. Signifikante nicht-lineare Verläufe über die Zeit, die mindestens zehn Prozent der Varianz hätten erklären können, fanden sich nicht.

Es ergaben sich keine Hinweise auf die in der Literatur postulierte U-Form der Zeitabhängigkeit, derzufolge in den ersten drei Monaten nach sowie in den letzten sechs Monaten vor einer Bundestagswahl sich die Landtagswahlergebnisse den Resultaten der Bundestagswahl angleichen, während sich in der Mitte der Wahlperiode stärkere Ausschläge finden. Regierungsparteien haben innerhalb der ersten 100 Tage nach der Wahl im Durchschnitt nur 0,59 Prozentpunkte (SD: 2,12; N = 8) der Stimmen verloren. Im letzten halben Jahr vor einer Bundestagswahl beliefen sich die Verluste im Mittel auf 2,23 Prozentpunkte (SD: 4,82; N = 60), während sie in der Zwischenzeit bei 1,05 Prozentpunkten (SD: 5,38; N = 289) lagen. Für die Parteien in der Oppositionsrolle ergibt sich sogar ein gleichmäßiger Gewinn von 1,3 bis 1,6 Prozentpunkten über die drei Zeitperioden.

5.2. Unterschiede zwischen Flächen- und Stadtstaaten beim Zusammenhang von Ergebnis der Landtagswahl und Rolle der Parteien im Bund

Die Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit dem Status einer Partei auf Bundesebene fallen in Stadtstaaten weniger stark aus als in Flächenstaaten, ganz besonders nach der

Wiedervereinigung. So haben die Bonner beziehungsweise Berliner Regierungsparteien im Mittel bei Landtagswahlen in den Flächenstaaten 1,36 Prozentpunkte ($SD = 5,34$) an Stimmen eingebüßt, während sich die Verluste in dieser Situation bei den Senatswahlen in Berlin, Bremen und Hamburg auf 1,06 Prozentpunkte ($SD = 5,32$) beliefen. Zu beachten ist auch hier die starke Streuung. Nach 1990 verstärkt sich die Differenz auf -2,85 Prozentpunkte ($SD = 5,30$ Prozent) versus -0,65 Prozentpunkte ($SD = 4,56$ Prozent, $p = 0,035$, $df = 140$, Effektstärke Cohens $d = 0,44$).

In abgeschwächter Form findet sich dieses Muster auch für die Oppositionskonstellation wieder: Nach 1990 gewinnen die Berliner Oppositionsparteien in den Flächenstaaten im Durchschnitt 1,75 ($SD = 4,79$ Prozent) Prozentpunkte hinzu, während sie in den Stadtstaaten sogar marginal verlieren, zumindest durchschnittlich: -0,06 Prozent ($SD = 6,58$ Prozent, t -Test: $p = 0,115$; $df = 49,92$). Zwischen 1949 und 2010 hatte die Differenz nur etwa ein halbes Prozent ausgemacht.

6. Stärke der Faktoren in einem gemeinsamen Modell

In einer multiplen linearen Regression sollten die Faktoren einer gemeinsamen Auswertung in Bezug auf die abhängige Variable Höhe des Gewinns oder Verlustes bei Landtagswahlen unterzogen werden. Aufgrund ihrer Bedeutung oder ihrer in der Literatur gemutmaßten Bedeutung gingen der Bundesstatus, der Landesstatus (jeweils Regierung oder Opposition), die Zeit seit der letzten Bundestagswahl in Tagen sowie der Ort der Wahl (Stadt- oder Flächenstaat) ein. Die Wahlbeteiligung wurde nicht berücksichtigt, weil sie Ausdruck einer Wahlentscheidung und daher kein Prädiktor, sondern eher ein „Postdiktator“ ist.

Bei der Regression für alle Parteien gemeinsam waren nur die beiden Variablen Status auf Bundes- und auf Landesebene mit dem Abschneiden bei Landtagswahlen assoziiert (beide $p < 0,0001$, standardisiertes Beta für Bundesstatus: 0,160, für Landesstatus 0,151). Der erklärende Wert diese Modells war gering (korrigiertes $R^2 = 0,054$, Modell signifikant). Dieser Befund änderte sich nicht wesentlich, wenn nur die Periode von 1990 bis 2010 untersucht wurde.

Für die einzelnen Parteien blieb der Zusammenhang zwischen Bundesstatus und dem Wahlergebnis bestehen. Nur für die SPD gilt dies im wiedervereinten Deutschland nicht mehr, da sie in dieser Epoche selbst in der Opposition starke Verluste hinnehmen musste. Ausschließlich bei der FDP spielt auch der Landesstatus noch eine, wenn auch kleinere prädiktive Rolle. Alle Modelle auf der Parteiebene sind jedoch schwach in ihrem Vorhersagewert – das korrigierte R^2 ist mit 0,229 noch am stärksten für die FDP in der Zeit nach 1990.

7. Fünf Thesen zum Zusammenhang von bundespolitischer Rolle und landespolitischem Wahlerfolg

(1) Machtgewinn und -verlust in den Ländern sind für alle Parteien eng mit ihrer Rolle im Bund verknüpft.

Besonders nach der Wende war es für Regierungsparteien im Bund kaum möglich, neu in eine Landesregierung einzutreten. Dies betraf die SPD und die Grünen stärker und galt

am wenigsten für die FDP. Aber auch ihr gelang nach 1990 nur noch bei zwei von 20 Landtagswahlen eine neue Regierungsbeteiligung. Die CDU konnte nur einmal als im Bund regierende Partei die Position eines Regierungschefs erringen. Dies geschah im Dezember 1990 in Berlin, einer ungewöhnlichen Wahl, die noch im Zeichen der Wiedervereinigung stand. Für die konservativen Parteien ist diese Abhängigkeit des Machterwerbs von der Oppositionsrolle im Bundestag neu im Vergleich zurzeit vor dem Mauerfall. In der Epoche der alten Bundesrepublik scheinen die Wähler von Union und FDP weniger unduldsam gewesen zu sein als die des linken Spektrums. Möglicherweise hängt dies mit dem „Utopieüberschuss“ zusammen, für den linke Parteien, die mindestens implizit oft für eine gesellschaftliche Alternative stehen, bestraft werden, sobald sie an der Regierung sind. Aber auch für die CDU/CSU oder die FDP sind ähnliche Zwickmühlen denkbar, etwa im Zusammenhang mit geplanten, aber nicht durchgeführten Veränderungen des Steuersystems.

Bezöge man bei den großen Parteien nicht nur die Wechsel in der Ministerpräsidentenposition mit ein, sondern auch die kleineren Machtwechsel, wie den Einstieg als kleinerer Koalitionspartner in eine Große Koalition, würde sich das Bild nur geringfügig verändern (Daten nicht gezeigt).

Tatsächlich scheint die Rolle als Bundesopposition zumindest in den vergangenen zwei Jahrzehnten vor einem Machtverlust in den Ländern geschützt zu haben. Dies sollte eine Partei bei Überlegungen, als kleinerer Partner in eine Große Koalition in Berlin einzusteigen, bedenken. Dennoch sollte man bei diesen eindeutigen Ergebnissen nicht aus den Augen verlieren, dass sich nach den meisten Wahlen keine machtpolitischen Veränderungen auf Landesebene ergeben.

Die Wähler nutzen Landtagswahlen auch, um die Parteien der Bundesregierung zu korrigieren. Dies läuft einerseits auf eine Zweckentfremdung hinaus, denn Landesparlamente haben andere Zuständigkeiten als Bundestag und Bundesregierung. Andererseits legt die Verfassung durch die über den Bundesrat gesicherte Mitsprache der Länder an Bundesgesetzen den Wählern eine bundespolitische Umwidmung ihrer Stimme bei Landtagswahlen nahe. Es erscheint denkbar, dass sich die Stimmberechtigten bei Urnengängen in den Ländern eher auf landespolitische Themen beschränken würden, wenn ihnen auf Bundesebene mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt würden, etwa durch Volksentscheide. Allerdings wäre nicht auszuschließen, dass Plebiszite – genauso wie heute manche Landtagswahlen – über ihren eigentlichen Gegenstand hinaus als Möglichkeit der Abrechnung mit der Bundesregierung genutzt würden.

Einschränkend ist zu sagen, dass die Analysen zumindest nach 1990 auf relativ wenigen Wahlen und auf noch weniger politischen Konstellationen – zum Beispiel nur vier verschiedene Koalitionen im Bund – fußen, und daher bei Verallgemeinerungen Vorsicht geboten ist. In dieser Arbeit ist verschiedentlich von der „Bedeutung“ der Bundespolitik für die Landtagswahlen oder auch von ihrem „Einfluss“ die Rede. Im strengen Sinne eignen sich die Daten jedoch nur, um Zusammenhänge zu beschreiben. Sie können keine Kausalitäten beweisen – selbst wenn diese, wie im vorliegenden Fall, plausibel sind. Ursache-Wirkungs-Beziehungen lassen sich nur mit Umfragedaten ermitteln.

(2) Regierungsparteien im Bund verloren seit 1949 in rund sechs von zehn Landtagswahlen Stimmen, nach 1990 in mehr als zwei Dritteln.

Der Befund bestätigt und spezifiziert die Erhebung von *Hartenstein*. Gleichzeitig profitieren die in diese Studie eingeschlossenen Parteien nicht in ähnlichem Maße, wenn sie sich in

der Opposition befinden – ein Hinweis auf die Rolle der anderen Parteien, besonders der Linken.

Auch dieses Ergebnis reflektiert die verstärkte Dynamik des vorliegenden Phänomens nach der Wende. Diese Dynamik lässt sich – einer vorläufigen Auswertung für die Gruppe aller Regierungsparteien zufolge – jedoch nicht nur auf die neuen Bundesländer zurückführen. Sie besteht auch im Westen (Daten nicht gezeigt).

Das Resultat ruft aber auch in Erinnerung, dass nationale Regierungsverantwortung oft nicht zu Stimmenverlusten führt. Immerhin beträgt schon die Zufallswahrscheinlichkeit, eine Wahl zu verlieren 50 Prozent. Zwar gibt es einen statistischen Zusammenhang, doch in summa ist die Rolle einer Partei im Bund kein guter Prädiktor dafür, ob sie bei einer Wahl Stimmen verliert oder gewinnt: So liegt etwa der Wert des Übereinstimmungsmaßes Cohens Kappa für die Ergebnisse der CDU/CSU nach 1990 bei 0,34 – ein mäßiger Wert.

(3) In Prozenten verlieren SPD und CDU in der gleichen Größenordnung (ein bis zwei Prozent), und die Grünen büßen weniger ein, wenn sie auf nationaler Ebene regieren. Gemessen an ihrer Ausgangsgröße sind die Verluste jedoch für die FDP am stärksten.

Insgesamt zeigt sich bei den quantitativen Variablen (Zahl und Ausmaß von Gewinnen und Verlusten) ein weniger eindeutiges Bild als bei der Untersuchung des wichtigeren Endpunktes, der tatsächlichen Machtverteilung. Beide Volksparteien konnten ihre durchschnittlichen Verluste aus der Regierungszeit in der Opposition nicht mehr wettmachen. Nach der Wende verliert die SPD in dieser Situation sogar noch. Vor allem sie hat die Verluste an die in ihrer Regierungszeit in Bonn gegründeten Grünen und besonders an die Linken nicht wieder aufholen können.¹⁷ Bisher haben insbesondere die Linken und die FDP in der Oppositionsrolle profitiert.

Obwohl soweit ersichtlich bisher keine genauen Daten zu den durchschnittlichen Stimmbewegungen bei Landtagswahlen für die einzelnen Parteien vorlagen, sei davor gewarnt, die Durchschnittswerte dieser Studie zu genau zu nehmen, denn das wichtigste Ergebnis dieses Ansatzes ist die enorme Streubreite der Gewinne und Verluste. Für die Unionsparteien und Sozialdemokraten verdeutlicht Abbildung 4 diese Spanne. Sie zeigt auch, dass Regierungsparteien zum Teil hohe Gewinne in den Ländern einfahren konnten. Die arithmetischen Mittel sind daher Lagewerte mit großer Unsicherheit.

Ebenso gilt es zu bedenken, dass sich die Werte auf die Gesamtgruppe aller Landtagswahlen beziehen und nicht auf die deutsche Wahlbevölkerung, denn die unterschiedliche Größe der Bundesländer wurde nicht relativierend einbezogen. Darüber hinaus wurden wie in anderen Studien¹⁸ die Unterschiede zwischen den Bundesländern nicht berücksichtigt, was die Befunde für Schlussfolgerungen einschränkt, die sich nicht auf die Zielgröße der Landtagswahlen beziehen, sondern etwa auf wahlrechtliche oder kulturelle Aspekte.

17 Die SPD schmolz bei Landtagswahlen in den alten Bundesländern im zeitlichen Zusammenhang mit der Gründung der Grünen (13. Januar 1980) leicht, mit der Gründung der Linken (18. September 2005) deutlich ab: So entfielen bei allen 95 hier untersuchten Landtagswahlen zwischen 1949 und 1979 auf die SPD durchschnittlich 40,7 Prozent (SD: 8,7) der Stimmen. Zwischen 1980 und 2005 erhielt sie in 71 Wahlen im Mittel noch 39,1 Prozent (SD: 8,1) und in der Zeit von 2005 bis 2010 (16 Wahlen) nur noch 32,4 Prozent (SD: 8,2). Cave: Aus Gründen der Konsistenz mit den anderen Analysen in dieser Studie wurden die Ergebnisse der Landtagswahlen nicht für die unterschiedliche Zahl der Landtagswahlen in den verschiedenen Bundesländern und vor allem auch nicht für die unterschiedliche Einwohnerzahl der Länder gewichtet.

18 Vgl. *Frank Decker / Julia von Blumenthal*, a.a.O. (Fn. 2).

(4) In abgeschwächter Form gilt der Zusammenhang von Regierungsstatus und Erfolg bei Landtagswahlen auch für den Regierungsstatus auf Landesebene.

Dieser Effekt fand sich vermehrt nach 1990 und hatte auch in der multiplen linearen Regression Bestand. Bezogen auf die Gruppe aller Parteien ergibt sich ein additiver Effekt des Regierungsstatus in Bund und Land: Der doppelte Regierungsstatus ging im Mittel – bei erneut erheblicher Varianz – mit höheren Verlusten einher als die Kombination von Regierung im Bund mit Opposition im Land (durchschnittlich etwa minus zwei Prozent versus rund -0,6 Prozent Verlust; t-Test: $p = 0,0128$; $df: 333$; Cohens $d: 0,27$). Dasselbe Resultat ergibt sich für den doppelten Oppositionsstatus. Hiermit bestätigt sich eine Hypothese von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann*. Zukünftige Forschung sollte die Rolle der Landespolitik berücksichtigen.

Über die Parteigrenzen hinweg scheint Regierungstätigkeit mit abnehmender Zustimmung verbunden zu sein. Dieser Befund mag sicher oft genug politisch zu begründen sein, aus methodischer Sicht ist jedoch auch an die Regression zur Mitte zu denken.

(5) Ein Zusammenhang zwischen dem Abschneiden bei Landtagswahlen und dem Abstand zur letzten Bundestagswahl lässt sich nicht zeigen.

Zumindest mit den hier analysierten Parametern lassen sich die Hypothesen eines U-förmigen Zeitverlaufs von *Rainer Dinkel* und von *Simone Burkhart* nicht bestätigen. Auch für die von *Frank Decker* und *Julia von Blumenthal* formulierte Vermutung dreier Phasen (drei Monate nach, Zwischenzeit sowie sechs Monate vor einer Bundestagswahl) fand sich in dieser Untersuchung kein Beleg – bei statistischer Unsicherheit durch die niedrige Zahl kurz nach einer Bundestagswahl terminierter Landtagswahlen und durch die enormen Streuungen. Insgesamt ergab sich das Bild eines chaotischen Geschehens in Bezug auf die Zeit.

Die seit Abschluss der Studie abgehaltenen sieben weiteren Landtagswahlen (2011: Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) bestätigen die wichtigsten Ergebnisse: Nur Berliner Oppositionsparteien vermochten Regierungswechsel auf Landesebene herbeizuführen (Hamburg, Baden-Württemberg). Die Bundesregierungspartei CDU konnte nur in Rheinland-Pfalz und Berlin gegen den Trend Stimmenanteile gewinnen, während die SPD als eine Partei der Bundesopposition gemischte Ergebnisse erzielte. Die Wahl eines grünen Ministerpräsidenten und die starken Verluste der FDP bezeugen die beschleunigte Dynamik.

Diese Untersuchung hat mit der bisher umfangreichsten Analyse von Ereignisdaten gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen bundespolitischer Rolle und landespolitischem Abschneiden für die einzelnen Parteien in ähnlicher Weise besteht. Sie hat eine relativ starke Bedeutung der Bundespolitik für Regierungswechsel in den Ländern ergeben, während ihr prädiktiver Wert für abstraktere Messgrößen wie das Ausmaß von Stimmenveränderungen klein ist. Es wird die Bedeutung auch der landespolitischen Rolle einer Partei unterstrichen, und wichtige Hypothesen der Literatur werden bestätigt (etwa doppelter Regierungsstatus sowie Unterschiede von Stadt- und Flächenstaaten) oder verworfen – zumindest für die hier untersuchten Zielgrößen (etwa zeitliches Muster). Aufschluss über Wirkfaktoren ist so nicht zu erhalten, aber eine Bestandsaufnahme für die weitere Forschung.